

Pressemitteilung 4/2020

Halle (Saale), den 12. März 2020

Konjunktur aktuell: Wirtschaft im Bann der Corona-Epidemie

Die Corona-Epidemie blockiert die konjunkturelle Erholung in Deutschland. Aus dem Ausland fällt Nachfrage aus, im Inland wird Konsum, soweit er Infektionsrisiken mit sich bringt, unterlassen, und Investitionen werden aufgeschoben. Unter der Annahme, dass die Epidemie in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften noch zeitnah eingedämmt werden kann, beträgt der Produktionszuwachs im Jahr 2020 nach der Frühjahrsprognose des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) 0,6%. Dabei dürfte die Expansion in Ostdeutschland mit 0,9% höher ausfallen als in Westdeutschland. Sollte die Ausbreitung der Krankheit nicht drastisch reduziert werden können, ist mit einer Rezession in Deutschland zu rechnen.

Sperrfrist
12. März 2020, 13:00 Uhr

Pressekontakt
Stefanie Müller
Tel +49 345 7753 720
presse@iwh-halle.de

Ansprechpartner
Oliver Holtemöller
Tel +49 345 7753 800
ohr@iwh-halle.de

Politische Ressorts
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi), Bundesministerium der Finanzen (BMF), Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), Bundesministerium des Innern (BMI), Bundesministerium für Gesundheit (BMG), Bundeskanzleramt, Wirtschaftsministerien der Länder

Wissenschaftliche Schlagwörter
Konjunktur, Prognose, Finanzmärkte, Finanzpolitik, Geldpolitik, Weltwirtschaft, Deutschland, Arbeitsmarkt, Produktion

Leibniz-Institut für
Wirtschaftsforschung Halle e. V.
(IWH)
Tel +49 345 7753 60
Fax +49 345 7753 820

Kleine Märkerstraße 8
D-06108 Halle (Saale)

Postfach 11 03 61
D-06017 Halle (Saale)

www.iwh-halle.de

Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland in den Jahren 2018 bis 2021				
	2018	2019	2020	2021
Veränderung des preisbereinigten BIP gegenüber dem Vorjahr in %				
Deutschland	1,5	0,6	0,6	2,0
darunter: Ostdeutschland ^a	1,9	1,0	0,9	1,8
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Arbeitsvolumen	1,3	0,6	0,7	0,7
Tariflöhne je Stunde	2,9	3,2	2,2	2,2
Effektivlöhne je Stunde	3,0	3,2	2,1	2,6
Lohnstückkosten ^b	2,5	3,4	2,2	1,3
Verbraucherpreisindex	1,8	1,4	1,2	1,4
in 1 000 Personen				
Erwerbstätige (Inland)	44 854	45 251	45 474	45 754
Arbeitslose ^c	2 340	2 267	2 249	2 197
in %				
Arbeitslosenquote ^d	5,0	4,8	4,7	4,6
darunter: Ostdeutschland ^a	6,8	6,4	6,2	6,1
% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt				
Finanzierungssaldo des Staates	1,9	1,4	0,7	-0,1
Leistungsbilanzsaldo	7,4	7,7	7,4	7,2

^a Ostdeutschland einschließlich Berlin. – ^b Berechnungen des IWH auf Stundenbasis. – ^c Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit (BA). – ^d Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit).

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2020: Prognose des IWH (Stand: 12.03.2020).

Seit Ende Januar 2020 steht die Weltwirtschaft unter dem Eindruck der weltweiten Corona-Epidemie. Im ersten Quartal sind Produktion und Nachfrage in China wohl

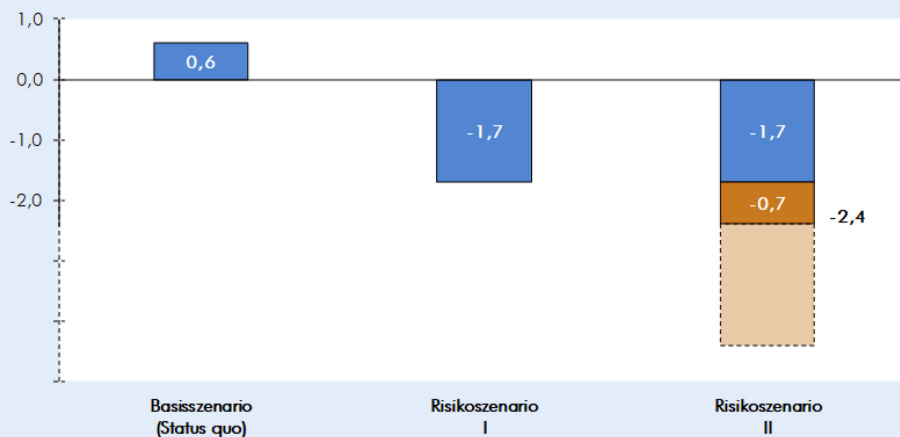
gesunken. Zwar normalisiert sich dort mit dem deutlichen Rückgang der Neuerkrankungen das Wirtschaftsleben nach und nach wieder, zugleich steigt aber andernorts die Zahl der Krankheitsfälle. Für viele fortgeschrittene Volkswirtschaften ist mit ähnlichen wirtschaftlichen Folgen wie für China zu rechnen. Die deutliche Zinssenkung durch die US-Notenbank hat Anfang März Preiseinbrüche an den Aktien- und Rohstoffmärkten nicht verhindern können. Die vorliegende Prognose unterstellt, dass sich die Ausbreitung der Epidemie in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften wie in China eindämmen lässt. Unter dieser Annahme dürfte die Weltkonjunktur im ersten Halbjahr 2020 sehr schwach bleiben, sich aber ab dem Sommer erholen.

Die Epidemie hat die deutsche Konjunktur zu einem Zeitpunkt getroffen, als eine längere Schwächephase zu Ende zu gehen schien. Nun ist jedoch mit einem Einbruch des Welthandels in der ersten Jahreshälfte 2020 zu rechnen. Zudem dürfte die mit der Epidemie einhergehende Verunsicherung wirtschaftliche Aktivitäten dämpfen. Die Produktion dürfte im zweiten Quartal 2020 zurückgehen. Mit der unterstellten Verzögerung weiterer Infektionen in- und außerhalb Deutschlands in der zweiten Jahreshälfte dürfte die Konjunktur im kommenden Winterhalbjahr recht kräftig anziehen. Die Produktion liegt im Jahr 2020 nach dieser Prognose um 0,6% höher als im Vorjahr, im Jahr 2021 steigt die Rate auf 2,0%. Auf die Beschäftigung dürfte der vorübergehende Produktionsrückgang nur wenig durchschlagen, auch weil schon seit einiger Zeit der Beschäftigungsaufbau vor allem in Wirtschaftszweigen stattfindet, die vom gegenwärtigen konjunkturellen Rückschlag kaum oder gar nicht in Mitleidenschaft gezogen werden.

Abbildung

Risikoszenarien für die Konjunktur in Deutschland

Veränderungsrate des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts in Deutschland im Jahr 2020 in %



Anmerkungen: Basisszenario: kurzfristige Eindämmung der Infektionen; Risikoszenario I: Nachfrageeinbruch in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften; Risikoszenario II: zusätzlich erhebliche Einschränkungen des Arbeitsangebotes in Deutschland durch steigende Infektionszahlen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Die Wirtschaft in Ostdeutschland expandiert im laufenden Jahr mit 1,0% spürbar stärker als die gesamtdeutsche Wirtschaft, denn in Ostdeutschland spielt die Produktion von Verbrauchsgütern eine große Rolle, und nach dieser Gütergruppe dürfte die Nachfrage recht stabil bleiben. „Ein wesentliches Risiko für die deutsche Konjunktur sind Einschränkungen des Arbeitsangebotes, weil eine massive Häufung von Erkrankungen, auch wenn sie zumeist mild verlaufen, zeitweise zu einem erheblichen Rückgang des Arbeitseinsatzes führen würde. Eine solche Erkrankungswelle

könnte das Arbeitsvolumen über die einzelnen Quartale hinweg erheblich dämpfen“, sagt Oliver Holtemöller, Leiter der Abteilung Makroökonomik und Vizepräsident des IWH. Nach seiner Einschätzung besteht dann auch die Gefahr, dass präventive Maßnahmen und steigende Unsicherheit der privaten Haushalte und der Unternehmen die gesamtwirtschaftliche Nachfrage spürbar dämpfen.

Wirtschaftspolitische Implikationen der Corona-Krise

Wirtschaftspolitische Maßnahmen, die die gesamtwirtschaftliche Nachfrage stimulieren, sind angesichts der Corona-Krise gegenwärtig nicht angezeigt. Die notwendigen Maßnahmen zur Eindämmung der Infektionen führen zu kurzfristigen Einbußen, die auch aus ökonomischer Perspektive hinzunehmen sind, um noch größere Folgewirkungen zu verhindern. Es kommt jetzt vor allem darauf an, dass die Ausbreitung des Virus verlangsamt wird. Im nächsten Schritt ist es wichtig, einen übermäßigen Anstieg von Unternehmensinsolvenzen zu verhindern. Hierzu ist ein mehrstufiges System geeignet. Die bereits beschlossene Ausweitung der Kurzarbeiterregeln ist eine wichtige kurzfristige Maßnahme. Erster Anlaufpunkt der Unternehmen bei Liquiditätsgpässen sind die Banken. Diese müssen weiterhin funktionsfähig bleiben und sollten nötigenfalls durch liquiditätspolitische Maßnahmen unterstützt werden. Wenn die Risiken in einzelnen Unternehmen so groß sind, dass Banken keinen Kredit gewähren, dann sind staatliche Garantien bei Beibehaltung eines gewissen Eigenrisikos der Banken die nächste Stufe. Stundungen von staatlichen Forderungen (Steuern, Sozialbeiträge) können dazukommen, wobei es aber schwierig sein dürfte, Mitnahmeeffekte zu verhindern. Wenn alle diese Maßnahmen nicht ausreichen, um größeren Schaden abzuwenden, kommen finanzielle Transfers an einzelne Unternehmen infrage. Darauf sollte man sich jetzt zwar vorbereiten und auch öffentlich signalisieren, dass dieses Instrument bei Bedarf eingesetzt würde, aber für konkrete Entscheidungen über direkte finanzielle Transfers an Unternehmen ist es noch zu früh. Dazu bedarf es einer besseren empirischen Grundlage. Maßnahmen zur Stimulation der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage wären nur sinnvoll, wenn nach einem Abflauen der Infektionen weiterhin Kaufzurückhaltung bestehen sollte.

Die Langfassung der Prognose enthält drei Kästen:

Kasten 1: [Annahmen und Prognosen bezüglich der Rahmenbedingungen](#)

Kasten 2: [Zur Schätzung des Produktionspotenzials](#)

Kasten 3: [Die Corona-Epidemie als Risiko für die deutsche Konjunktur](#)

Langfassung:

Brautzsch, Hans-Ulrich; Claudio, Joao Carlos; Drygalla, Andrej; Exß, Franziska; Heinisch, Katja; Holtemöller, Oliver; Kämpfe, Martina; Lindner, Axel; Müller, Isabella; Schultz, Birgit; Staffa, Ruben; Wieschemeyer, Matthias; Zeddies, Götz Wirtschaft im Bann der Corona-Epidemie, in: IWH, [Konjunktur aktuell](#), Jg. 8 (1), 2020. Halle (Saale) 2020.

Wissenschaftlicher Ansprechpartner

Professor Dr. Oliver Holtemöller

Tel +49 345 7753 800

Oliver.Holtemoeller@iwh-halle.de

Pressekontakt

Stefanie Müller

Tel +49 345 7753 720

presse@iwh-halle.de

 Das IWH auf [Twitter](#)

 Das IWH auf [Facebook](#)

Die [IWH-Expertenliste](#) bietet eine Übersicht der IWH-Forschungsthemen und der auf diesen Gebieten forschenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Die jeweiligen Experten für die dort aufgelisteten Themengebiete erreichen Sie für Anfragen wie gewohnt über die [Pressestelle des IWH](#).

Die Aufgaben des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) sind die wirtschaftswissenschaftliche Forschung und wirtschaftspolitische Beratung auf wissenschaftlicher Basis. Das IWH betreibt evidenzbasierte Forschung durch eine enge Verknüpfung theoretischer und empirischer Methoden. Dabei stehen wirtschaftliche Aufholprozesse und die Rolle des Finanzsystems bei der (Re-)Allokation der Produktionsfaktoren sowie für die Förderung von Produktivität und Innovationen im Mittelpunkt. Das Institut ist unter anderem Mitglied der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, die halbjährlich Gutachten zur Lage der Wirtschaft in der Welt und in Deutschland für die Bundesregierung erstellt.

Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Die Leibniz-Gemeinschaft verbindet 96 selbstständige Forschungseinrichtungen. Ihre Ausrichtung reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Raum- und Sozialwissenschaften bis zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute widmen sich gesellschaftlich, ökonomisch und ökologisch relevanten Fragen. Aufgrund ihrer gesamtstaatlichen Bedeutung fördern Bund und Länder die Institute der Leibniz-Gemeinschaft gemeinsam. Weitere Informationen unter www.leibniz-gemeinschaft.de.